

Luzerner Tagblatt

Bereit zum El-Al-Prozeß 3
Kehrichtverbrennungsanlage
1971 betriebsbereit 8
Spannender Mittwochfußball 27
Selbstschuß in Escholzmatt LM



Italiens «kleine» Scheidung

Die Scheidung scheidet Italiens Geister, und dies noch nie so sehr wie in diesen Tagen. Im Römer Parlament hat am Mittwoch die Debatte um das sogenannte «piccolo divorzio», die «kleine» Scheidungsvorlage begonnen, die, sollte sie von der Mehrheit der Abgeordneten angenommen werden, erstmals einen legalen Weg zur Ehescheidung öffnen würde. Dieser Weg wird «klein» sein, sollen doch nur sehr wenige Fälle, wie schwere Krankheit, lange Haftstrafen, Sexualverbrechen usw. zur Scheidung berechtigen. Unser Bild: In Italiens Städten wird die Scheidungsfrage auf die Straße getragen. Keystone

In Quarantäne bis 10. Dezember

Die Astronauten bei guter Gesundheit - Mondgestein nach Houston verbracht

Houston, 25. Nov. ag. (DPA) Die drei «Apollo 12»-Astronauten Conrad, Bean und Gordon dampfen — eingeschlossen in ihre Quarantäne-Station — durch den Pazifik in Richtung Heimat. Während der ersten Stunden am Bord der «Hornet» ruhten sie sich aus. Der mit ihnen in der Quarantänestation lebende Arzt, Dr. Jernigan, bezeichnete ihren Gesundheitszustand als ausgezeichnet. Allerdings war Bean bei der Landung gegen eine Kamera gestossen und hatte sich über dem rechten Auge einen Riß zugezogen, der von Dr. Jernigan genäht werden mußte. Alle drei Astronauten zeigen außerdem leichtere Hautreizungen, die durch die biomedizinischen Sensoren ausgelöst worden sind.

entfernten Hafen in Honolulu dauert für die Astronauten länger als ihr Rückflug vom Mond. Erst am Freitag werden sie dort eintreffen und eine Stunde später Hawaii in Richtung Houston wieder verlassen. Die Raumfahrer müssen bis 10. Dezember in den Quarantänelabors der amerikanischen Weltraumbehörde bleiben.

Im Mondlaboratorium in Houston ist der erste Koffer mit 22,5 Kilogramm Mondgestein eingetroffen, das die «Apollo 12»-Astronauten Conrad und Bean während ihrer Mission auf dem Erdtrabanten gesammelt hatten. Er war zusammen mit anderen Behältern, die namentlich Filmmaterial enthielten, per Sonderflugzeug direkt vom Flugzeugträger «Hornet» nach Houston gebracht worden.

Wirtschaftliche Streikfolgen für Italien

In Italien kosten die Streiks in der Maschinenindustrie der Wirtschaft 24,5 Milliarden Lire (rund 170 Millionen Schweizer Franken) pro Tag

(AFP) Um ihre Produktion nicht einstellen zu müssen, sind viele von der Maschinenindustrie abhängige Industrien gezwungen, sich an das Ausland zu wenden, was für die italienische Wirtschaft doppelt negative Auswirkungen hat: Erstens Verschlechterung der Handelsbilanz und zweitens Auftreten von ausländischen Konkurrenzprodukten auf dem inländischen Markt, die sich oft noch durchsetzen, nachdem die Lieferung von ähnlichen italienischen Produkten wiederaufgenommen worden ist.

Die Auswirkungen werden zudem auch in jenen Sektoren spürbar, die die Maschinenindustrie mit Rohmaterialien versorgen und diese im Augenblick nirgends absetzen können.

Schließlich müssen die Lohnverluste der streikenden Arbeiter hervorgerufen werden, welche mehrere hundert Milliarden Lire ausmachen. Das wirkt sich auf die allgemeine Wirtschaft des Landes aus und hat einen Rückgang des Konsums zur Folge.

In Italien begann am Mittwoch der Streik von 220 000 Arbeitern der chemischen und pharmazeutischen Industrie.

Der 24stündige Streik wurde nach dem Abbruch der Verhandlungen über eine Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrages ausgerufen. — In der Metallindustrie macht sich die soziale Unrast durch Arbeiterversammlungen und Kundgebungen weiter bemerkbar, so vor allem bei der Fiat- und Lancia-Werken in Turin. Das gleiche Bild bietet sich bei anderthalb Millionen Landarbeitern. — Die «Rotationsstreiks» des Personals der konzessionierten Transportunternehmen werden fortgesetzt: In Rom, Mailand und Turin verkehrten am Mittwoch keine Autobusse.

Streik der französischen Gas- und Elektrizitätswerke eingestellt

Die beiden großen französischen Gewerkschaften CGT und CFDT veröffentlichten ein Communiqué, in dem es heißt, daß der Streik der Angestellten der Gas- und Elektrizitätswerke allmählich eingestellt werde. Die Gewerkschaften wollten damit einen Beweis ihres «Verantwortungsgedehls» der Öffentlichkeit gegenüber erbringen und auch dem Temperatursturz und dem Wintereinbruch Rechnung tragen. Der 48stündige Streik war wegen eines Lohnkonfliktes ausgerufen worden.

EWG-Einigung über den Früchte- und Gemüsemarkt

Brüssel, 25. Nov. ag. (AFP) Die Landwirtschaftsminister der sechs EWG-Staaten haben sich am Dienstag um 1 Uhr morgens nach über sechsstündiger Beratung auf den gemeinsamen Früchte- und Gemüsemarkt geeinigt. Der Früchte- und Gemüsemarkt beträgt rund 15 bis 20 Prozent der gesamten EWG-Produktion.

Die Verbesserungen betreffen im wesentlichen die Eingriffe innerhalb der Gemeinschaft, um den Handelskurs der Produkte zu sichern. Bisher waren diese Interventionen freiwillig, und zwei Staaten — Luxemburg und Deutschland — machten keinen Gebrauch davon, was den ganzen Markt aus dem Gleichgewicht brachte. Vom 1. Januar 1970 an werden diese Interventionen jedoch obligatorisch und durch die Produzentenverbände wahrgenommen. Die EWG-Kommission hat das Interventionsrecht.

Die Landwirtschaftsminister einigten sich auch auf gemeinsame Preise für Äpfel, Birnen und Pflaumen. Schließlich wurden Erleichterungen zugunsten der italienischen Gemüseproduzenten beschlossen. Der Ministerrat einigte sich ferner über die Regelung des Vorgehens im Verkehr mit Drittländern: ■ Der Preischutz innerhalb der EWG wird verstärkt durch einheitliche Festsetzung der Importpreise an der Grenze. ■ Eine Sperrklausel wird in Kraft gesetzt, sobald der EWG-Markt durch extrem niedrige Preise bedroht wird. ■ In gewissen Fällen und für bestimmte Produkte werden den Exporteuren des EWG-Marktes, Exportsubventionen erteilt.

Neuer «Propaganda-Schlager» Kairo

Washington der «direkten Einmischung» im Nahen Osten beschuldigt

Kairo, 26. Nov. (UPI) Die Vereinigten Staaten versuchen Zwietracht zwischen Ägypten und der Sowjetunion zu säen, behauptet in einem Interview mit dem Kairoer Fernsehen das Mitglied des Exekutivkomitees der Arabischen Sozialistischen Union (ASU), der ägyptischen Staatspartei, Anwar el Sadat, ein enger Vertrauter Nassers. Er werde in Kürze mit Außenminister Mahmoud Riad und Kriegsminister General Mohamed Fausi nach Moskau reisen, «um das Bild zu klären». Darüber hinaus beschuldigte Sadat die USA der «direkten, wenn auch beschränkten Intervention» durch «Freiwillige».

hat Amerika keine Truppen im Nahen Osten gelandet, aber es hat Freiwillige geschickt. 1967 habe Israel selbst zugegeben, daß sich in den Reihen seiner Armee 7000 europäische und amerikanische Freiwillige befänden. «Jetzt erfahren wir, daß 120 amerikanisch-jüdische Familien, darunter ehemalige Offiziere und Radar- und Radar-Abwehrspezialisten auf dem Weg nach Israel sind.»

Moskau wirft Jerusalem «Verletzung der Uno-Charta» vor

New York, 26. Nov. ag. (R) Die Sowjetunion reagierte heftig auf die Initiative zugunsten der Juden, die kein Ausreisevisum erhalten, um aus der Sowjetunion nach Israel auswandern zu können. Uno-Botschafter Malik klagte Israel in einem Brief an U Thant an, die «Uno-Charta verletzt» zu haben, da es U Thant um eine Intervention bei der Sowjetunion gebeten hat. Laut Malik sind Fragen der Ein- und Auswanderung ausschließlich Sache der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden betroffenen Ländern.

Der israelische Uno-Botschafter Tekoah hat im Oktober einen Brief als offizielles Uno-Dokument zirkulieren lassen, der von Vertretern der georgischen Ju-

den, die nicht nach Israel auswandern dürfen, unterzeichnet war.

Tekoah hatte U Thant gebeten, persönlich bei der sowjetischen Regierung

Heute Beilage Wintersport Wintermode

zu intervenieren. (Sein Ersuchen war mit gutem Grund eingereicht worden. Er hat damit Moskau schwer verärgert, da die sowjetische antisemitische Politik gebührend gebrandmarkt worden war. Red.)

Prozeß Rohan vertagt

Jerusalem, 26. Nov. ag. (R) Der Prozeß gegen den Moschee-Brandstifter Michael Rohan in Jerusalem ist nach dem Plädoyer des Verteidigers vertagt worden. Der Verteidiger beantragte die Einlieferung seines Klienten in eine psychiatrische Klinik. Das Urteil im Fall Rohan wird in etwa zwei Wochen gefällt.

Politisierung der Freien Universität Berlin?

Ein linksradikaler Assistent zum FU-Präsidenten gewählt

In Berlin herrscht beinahe panische Aufregung: Ein Assistent, der 30jährige Soziologe Rolf Kreibich, ist zum Präsidenten der Freien Universität, einer der größten Hochschulen Deutschlands, gewählt worden. Das traditionelle Amt des Rektors war durch ein neues Hochschulgesetz des Landes Berlin abgeschafft worden. In der als «Übergangskonzil» bezeichneten Wahlbehörde hat der politisch extrem linksorientierte Kreibich mit 61 Stimmen über seinen Gegenkandidaten, Prof. Hans-Joachim Lieber, einen Exponenten der konservativen Richtung, gesiegt. Die Amtsdauer beträgt sieben Jahre. Das von ihm zu verwaltende Jahresbudget bezieht sich auf 200 Millionen Mark, das er für einen Personenkreis von 22 000 Personen zu verwenden hat.

Die Wahl Kreibichs ist nur verständlich im Zusammenhang mit den wilden Auseinandersetzungen, den Studentenrevolten und den revolutionären Vorgängen, die sich im Laufe des vergangenen Jahres an der FU abgespielt haben. Diese hatten unter anderem zur Folge, daß kaum noch ein Professor mehr bereit war, sich zum Oberhaupt der Universität wählen zu lassen. Mitschuldig an dieser absonderlichen Wahl sind aber auch die Berliner Politiker, der Oberbürgermeister Schütz und der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Stein. Es bestand keinerlei Zwang, schon acht Tage nach der Nominierung von Kandidaten den Präsidenten zu wählen.

Es stellt sich aber auch die Frage, weshalb weder die in Berlin herrschende SPD noch das Kuratorium der FU, dem Schütz und Stein angehören, sich mit Vorschlägen eingeschaltet hat.

Welches wird nun die weitere Entwicklung der Freien Universität Berlin sein? Voraussichtlich ist mit radikalen Personalveränderungen im Lehrkörper zu rechnen. Der Wahlsieger Kreibich ist vom Professorenkollegium nicht umsonst mit höhnischem Gelächter und ironischem Beifall aufgenommen worden.

Vom neuen Präsidenten wird erwartet, daß er an der Hochschule «gemeinsam mit Projektgruppen wissenschaftliche Arbeit in gesellschaftspolitische Praxis umzusetzen» gedankt. Bedeutet dies, daß er nur noch Marxisteneinstellungen beabsichtigt? Die bisherigen Ordinarien dürften ihrer bisherigen Position verlustig gehen, während Assistenten und akademische Räte neue Kompetenzen zugewiesen erhalten.

Kreibich soll erklärt haben, er wolle die FU im Sinne eines «modernen Managements» leiten. Dabei wird sich zeigen müssen, wie er mit der Abschaffung der Fakultäten und ihrer Festsetzung durch Fachbereiche fertig wird.

Die Wahl Kreibichs muß nun noch vom Berliner Senat sanktioniert werden, doch zweifelt niemand daran, daß diese Bestätigung erfolgt, da die Wahl entsprechend dem Hochschulgesetz vor sich gegangen ist.

In der deutschen Presse wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, der Lehrkörper möge «bis an die Grenze des Zumutbaren» der Freien Universität treu bleiben, um nach Möglichkeit gefährliche Experimente vermeiden zu helfen. Je nach dem Ergebnis der Reformen an der FU werden für die Hochschulpolitik in Berlin wie anderwärts die nötigen Folgerungen zu ziehen sein, wobei die Lehren keineswegs nur negativer Art zu sein brauchen. Erwin Häfeli

Völkerverbindung am Südpol

Zehn Jahre Antarktis-Pakt

«Das Sternbanner und die rote Flagge mit Hammer und Sichel wohnen in einer abgeschiedenen Welt nebeneinander, Amerikanische und russische Wissenschaftler, in schweren Schutzanzügen, arbeiten gemeinsam in einer le-

bensbedrohenden Umgebung», sagt ein Bericht der «National Science Foundation» aus Washington. «Diese Sätze beschreiben nicht eine amerikanisch-russische Mondstation der Zukunft», heißt es dann weiter, sondern eine Szene in